

Podium

Eine Auswahl aus dem Veranstaltungsprogramm



20-jähriges Bestehen der Projektgruppe „IAB-Betriebspanel“

Mit verschiedenen groß angelegten Vorerhebungen wurde im Jahr 1992 der Grundstein für das IAB-Betriebspanel gelegt. Bei einer Festveranstaltung in Nürnberg wurden die bisher geleistete Arbeit gewürdigt, aktuelle Papiere präsentiert und Forschungsperspektiven erörtert. Die Teilnehmer kamen von Forschungsinstituten, Ministerien, Verbänden und der Bundesagentur für Arbeit.

Die repräsentative Arbeitgeberbefragung gibt es seit 1993 in Westdeutschland und seit 1996 auch in Ostdeutschland. Für diese größte Betriebsbefragung in Deutschland werden mittlerweile jedes Jahr persönlich-mündliche Interviews in fast 16.000 Unternehmen geführt. Die erhobenen Daten werden über das Forschungsdatenzentrum der BA im IAB Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland zugänglich gemacht.



BA-Vorstandsvorsitzender Frank-Jürgen Weise lobte das hohe Engagement und die Leistungsbereitschaft der IAB-Wissenschaftler.

„Das IAB-Betriebspanel ist ein wesentlicher Teil der Erfolgsgeschichte des IAB. Es ist sichtbar und erfolgreich sowohl in der Forschung als auch in der Politikberatung. Die Themen sind vielfältig, angefangen mit Fragen zur betrieblichen Flexibilität, zur Entwicklung der Erwerbsformen, zur Qualität von Beschäftigung, zum Fachkräftebedarf bis hin zur Erklärung des Jobwunders in der zurückliegenden Wirtschafts- und Finanzkrise, zu der die Betriebe einen großen Teil beigetragen haben“, sagte IAB-Direktor Prof. Joachim Möller zum Auftakt der Festveranstaltung am 18. Oktober 2012, die von Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei moderiert wurde.

Dr. h.c. Frank-J. Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, lobte das hohe Engagement und die Leistungsbereitschaft der Wissenschaftler des IAB. Ingrid Hofmann, Geschäftsführerin der Firma Hofmann Zeitarbeit, sprach für die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ein Grußwort und ging dabei auf die demografische Herausforderung ein: „Betriebliche Lösungsansätze zum Umgang mit Fachkräftemangel und alternden Belegschaften sowie zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und nicht zuletzt für mehr Frauen in Führungspositionen zu identifizieren, wird künftig noch mehr zu einer zentralen Aufgabe des IAB-Betriebspanels.“

Prof. Reinhard Hujer (Goethe-Universität Frankfurt am Main), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des IAB, ging auf die

langjährige intensive Zusammenarbeit von externen Wissenschaftlern und den Mitgliedern der Projektgruppe „IAB-Betriebspanel“ ein. Als Mitbegründer des Sozioökonomischen Panels wisse er, „welchen unermüdlichen, oft jedoch weitgehend nicht sichtbaren Einsatzes es bedarf, um einen so komplexen Paneldatensatz aufzubauen, zu implementieren und zu pflegen“, sagte Hujer. „Hinzu kommt schließlich die problemadäquate Auswertung und inhaltliche Analyse mit modernen mikroökonomischen Methoden.“ Er verwies auch auf die Stellungnahme des Wissenschaftsrats vom 9. November 2007, die die exzellenten Forschungsleistungen, die Publikationsstärke und die wissenschaftliche Sichtbarkeit hervorgehoben habe.

Harald Bielski, Geschäftsführer der TNS Infratest Sozialforschung GmbH, die seit Beginn die Erhebung des IAB-Betriebspanels durchführt, bedankte sich für die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den beteiligten Forschungsinstituten und Länderministerien. Aus seiner Sicht ist die sehr sorgfältige Vorbereitung des IAB-Betriebspanels ein besonders wichtiger Faktor für dessen Erfolg. Dies gelte nicht nur für die erste Befragung im Jahre 1993, sondern auch für jede einzelne Erhebungswelle.

Prof. Joachim Wagner (Leuphana Universität Lüneburg) verglich in seinem Keynote-Vortrag die seit kurzem zugänglichen amtlichen Betriebsdaten mit dem IAB-Betriebspanel hinsichtlich der Kriterien Fallzahlen, Fragen-

programm, Teilnahme- und Auskunftspflicht versus Panelmortalität und Antwortverweigerungen, Kombinierbarkeit von Firmen- und Personendaten, Kombinierbarkeit mit Firmendaten aus externen Quellen sowie die internationale Vergleichbarkeit der Daten.

Wagner kam zum Ergebnis, „dass beide Datensätze spezifische Stärken und Schwächen haben, die sie zur Analyse von konkreten Fragestellungen mehr oder weniger geeignet oder auch völlig ungeeignet machen. Daraus folgt, dass der Werkzeugkasten für die empirische Forschung mit Längsschnittdaten für Firmen in Deutschland sowohl das IAB-Betriebspanel als auch die amtlichen Firmen-

Betriebspanels und der daraus entstandenen Verknüpfungen mit den Daten der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Der Leiter des IAB-Betriebspanels ging außerdem auf die Entwicklung des Fragebogens ein und hob die gute Kooperation mit den Bundesländern und anderen Forschungsinstituten hervor.

Schließlich stellte Bellmann Projekte vor, mit denen neue Forschungsfelder bearbeitet werden können. Dazu gehört die stärkere Berücksichtigung von webbasierten Erhebungsmethoden, die experimentelle Validierung von betrieblichen Angaben in Interviews, die Verknüpfung der Betriebsinformationen nicht nur mit den administrativen Daten der Bundes-

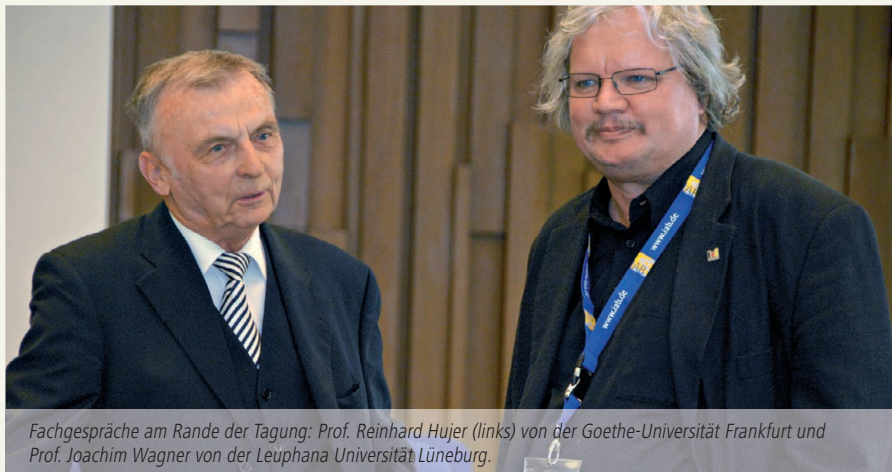


Prof. Lutz Bellmann, Leiter des IAB-Betriebspanels und des Forschungsbereichs „Betriebe und Beschäftigung“ am IAB, eröffnete die Postersession.

Erlangen-Nürnberg), Prof. Uschi Backes-Gellner (Universität Zürich), Prof. Bernd Fitzenberger (Universität Freiburg), Prof. Olaf Hübler (Leibniz-Universität Hannover), Prof. Reinhard Hujer und Prof. Claus Schnabel (Universität Erlangen-Nürnberg) an. Seitens des IAB waren Prof. Lutz Bellmann, Stefan Bender, Dr. Ute Leber und Prof. Joachim Möller beteiligt. Im Rahmen einer Postersession wurden aktuelle Studien vorgestellt und die Entwicklung des IAB-Betriebspanels dokumentiert.

Eingerahmt wurde der Workshop durch zwei Keynote-Vorträge von Richard Upward, Ph.D. (Universität Nottingham) und Prof. Olaf Hübler (Leibniz-Universität Hannover). Während Richard Upward die Einstellungs- und Entlassungsraten in Deutschland auf der Basis des IAB-Betriebspanels und administrativer Datensätze mit anderen Ländern verglich, ging Olaf Hübler auf die Anwendung empirischer Methoden bei der Auswertung von Firmendatensätzen ein.

Eine Auswahl der Beiträge wird voraussichtlich Anfang 2014 im Journal for Labour Market Research publiziert werden.



Fachgespräche am Rande der Tagung: Prof. Reinhard Hujer (links) von der Goethe-Universität Frankfurt und Prof. Joachim Wagner von der Leuphana Universität Lüneburg.

daten enthalten muss. Nur dann ist sichergestellt, dass ein möglichst breites Spektrum von Fragestellungen mit jeweils adäquaten Daten untersucht werden kann.“

Prof. Lutz Bellmann (IAB und Universität Erlangen-Nürnberg) sprach in seinem Keynote-Vortrag über Kontinuität und Veränderung des IAB-Betriebspanels. Er betonte die wissenschaftliche Bedeutung der Daten des

agentur für Arbeit, weitere Erhebungen über Betriebe und Beschäftigte sowie die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit.

Für die wissenschaftliche Tagung am Tag darauf waren zahlreiche Papiere aus dem In- und Ausland eingereicht worden. Daraus wählte eine Kommission insgesamt 20 Beiträge aus. Der Auswahlkommission gehörten Prof. Martin Abraham (Universität

Ein Video zum 20-jährigen Bestehen des IAB-Betriebspanels finden Sie im Internet unter:

www.iab.de/video-betriebspanel

Neue Herausforderungen in der Zeitarbeit



BA-Vorstandsmitglied Raimund Becker im Gespräch mit Ingrid Hofmann, Inhaberin der gleichnamigen Nürnberger Zeitarbeitsfirma und Vizepräsidentin des Bundesarbeitgeberverbands der Personaldienstleister.

Im Laufe des Jahres 2012 haben die Tarifpartner Branchentarifzuschläge vereinbart. Mit diesen von der Einsatzdauer abhängigen Zuschlägen soll die Entlohnung von Zeitarbeitnehmern in bestimmten Einsatzbranchen verbessert werden. Diese und andere Entwicklungen in der Zeitarbeit waren Gegenstand des zweiten interdisziplinären Forums zur Zeitarbeit.

Die Teilnehmer diskutierten am 7. Dezember 2012 im IAB in Nürnberg unter anderem darüber, welche Auswirkungen von den Branchen-

zuschlägen auf Verleiher, Entleiher und Zeitarbeitskräfte zu erwarten sind. Weitere Themen waren die Brückenfunktion der Zeitarbeit und die zunehmende Bedeutung der Qualifizierung von Zeitarbeitskräften. Wie im Vorjahr richtete das IAB die Veranstaltung gemeinsam mit den Universitäten Greifswald und Bayreuth aus.

Raimund Becker, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, erläuterte, welche Herausforderungen die aktuellen Entwicklungen in der Zeitarbeit für die Arbeitslosenversicherung in Deutschland mit sich bringen. Unter der wissenschaftlichen Leitung von

Prof. Ricarda B. Bouncken (Universität Bayreuth), Prof. Manfred Bornewasser (Universität Greifswald) und Prof. Lutz Bellmann (IAB und Universität Erlangen-Nürnberg) tauschten sich im Anschluss daran Experten und Interessensvertreter aus.

Die Arbeitgeberseite wurden unter anderem durch Ingrid Hofmann, Vizepräsidentin des Bundesarbeitgeberverbands der Personaldienstleister und Geschäftsführerin der Firma I. K. Hofmann Nürnberg, sowie Dr. Alexander Spermann, Direktor der Randstad GmbH, vertreten. Für die Belange der Arbeitnehmer setzten sich insbesondere Jörg Kunkel von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie, und Dr. Stefanie Janczyk von der Industriegewerkschaft Metall ein. Aus der betrieblichen Praxis berichtete Matthias Botta, Geschäftsführer der DB Zeitarbeit GmbH.

An der abschließenden Podiumsdiskussion nahmen unter anderem Jörg Rohde, Vizepräsident des Bayerischen Landtags, sowie Vertreter der Sozialpartner, Unternehmensvertreter und Wissenschaftler teil. Dabei wurden die Entwicklungsperspektiven der Zeitarbeit in Deutschland und in anderen europäischen Ländern ebenso diskutiert wie die Rolle der Tarifpartner und der gesetzlichen Regelungen.

Increasing Heterogeneity in the Workforce and its Impact

Mit den Auswirkungen verschiedener Formen der Heterogenität von Arbeitskräften befasste sich die internationale Tagung „Increasing Heterogeneity in the Workforce and its Impact“. Im Fokus standen unter anderem Alter, Bildung, Nationalität und kultureller Hintergrund.

Bei der Konferenz, die am 6. und 7. Dezember 2012 in Nürnberg stattfand, analysierten die Referenten die Folgen der Diversifikation im Hinblick auf die Dimensionen Beruf, Bildung, Alter, Geschlecht, Nationalität und kulturellem Hintergrund der Beschäftigten. Die daraus resultierenden Forschungsfragen wurden aus der



Prof. Andrés Rodríguez-Pose sprach über die langfristig zu erwartenden Effekte von Immigration.

Sicht verschiedener Disziplinen, insbesondere der Ökonomie und Soziologie, für Deutschland und für andere Länder untersucht.

Zwei Keynote-Vorträge von Prof. Andrés Rodríguez-Pose (London School of Economics)

und von Dr. Jeremy Dawson (University of Sheffield) standen im Mittelpunkt der Diskussionen. Während sich Andrés Rodríguez-Pose für die langfristig zu erwartenden Effekte von Immigration interessierte, stellte sich Jeremy

Dawson der überraschend schwierig zu beantwortenden Frage, wie Diversität zu messen ist. In 25 weiteren Präsentationen und anschließenden angeregten Diskussionen wurden die vielen Facetten des Themas weiter vertieft.

Workshop on the Analysis of Administrative Data

Nachdem das Forschungsdatenzentrum der BA im IAB eine Außenstelle in Ann Arbor eingerichtet hat, nutzen immer mehr nordamerikanische Wissenschaftler die Daten der Bundesagentur für Arbeit und des IAB für ihre Forschung. Beim ersten „Workshop on the Analysis of Administrative Data“ tauschten deutsche und amerikanische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Nürnberg Ergebnisse und Erfahrungen aus.



Der renommierte Arbeitsmarktökonom Prof. David Card forscht mit Daten des IAB.

Die Veranstaltung am 17. und 18. Dezember 2012 gab nicht nur einen Einblick in die Bedeutung des Zugangs zu den deutschen administrativen Daten im internationalen Kontext. Sie wurde außerdem durch Präsentationen mit österreichischen administrativen Daten ergänzt, da diese den deutschen administrativen Daten sehr ähnlich sind und das Forschungsdatenzentrum (FDZ) an einer Zusammenführung der österreichischen und deutschen Daten für Migranten sehr interessiert ist.

Zum Auftakt sprach Prof. David Card (University of California, Berkeley), einer der führenden Arbeitsmarktökonomien, über den Einfluss betriebspezifischer Lohnaufschläge auf die Erhöhung der Lohnungleichheit in Westdeutschland. Das Papier, das gemeinsam mit Dr. Jörg Heining (FDZ) und Prof. Patrick Kline (University of California) entstand, wurde beim Quarterly Journal of Economics angenommen.

Zwei weitere Vorträge gingen ebenfalls auf Löhne und Lohnentwicklungen in Deutschland ein: Prof. Regina Riphahn (Universität Erlangen-Nürnberg) beschäftigte sich mit der Lohnmobilität in Ost- und Westdeutschland. Katrin Sommerfeld erläuterte in ihrem mit Prof. Bernd Fitzenberger und Dirk Antonczyk (alle Universität Freiburg) entstandenen Beitrag die Effekte von Gewerkschaften auf die Löhne in Deutschland.

Assistant Professor Florian Hoffmann (University of British Columbia) ging ebenso wie Dr. Achim Schmillen und Matthias Umkehrer (beide IAB) auf Einkommenseffekte im Erwerbsverlauf ein. Schmillen und Umkehrer zeigten, dass eine frühe Arbeitslosigkeit in der Erwerbshistorie von Jugendlichen das Risiko einer erneuten Arbeitslosigkeit erhöht. Hoffmann nahm insbesondere die Rolle von Alters- und Zeiteffekten sowie von unerwarteten Ereignissen wie dem Verlust des Arbeitsplatzes in den Blick.

Simon Jäger (Harvard University) untersuchte die Auswirkungen von Universitätsgründungen auf das regionale Bildungsniveau. Prof. Rudolf Winter-Ebmer (Universität Linz) ging auf der Basis österreichischer administrativer Daten der Frage nach, ob die Chancen von älteren oder jüngeren Erwerbstätigen nach einem Beschäftigungsverlust besser sind. Assistant Professor Uta Schönberg (University College London) analysierte, ob das Arbeiten mit produktiven Peers sich auf die eigene Produktivität auswirkt. Prof. Alexandra Spitz-Oener (Humboldt Universität Berlin) befasste sich damit, wie sich Tätigkeitsanforderungen in Berufswechsel und Einkommensänderungen niederschlagen.

Prof. Christian Merkl (Universität Erlangen-Nürnberg) ging der Frage nach, wie der deutsche Arbeitsmarkt in seinen Grundlagen strukturiert ist. Italo A. Gutierrez (University of Michigan) zeigte, dass die Wiederbeschäftigungschancen nach einer Firmenpleite auch von der Anspruchsdauer der Arbeitslosigkeit abhängt. Assistant Professor Johannes Schmieder (Boston University) beschäftigte sich mit den Effekten einer längeren Anspruchsdauer auf die Löhne von Rückkehrern aus Arbeitslosigkeit. Prof. Andrea Weber (Universität Mannheim) befasste sich in Zusammenarbeit unter anderem mit David Card und Prof. David S. Lee (Princeton University) in einem Vortrag zum österreichischen Arbeitsmarkt mit dem Effekt des Arbeitslosengeldes auf die Arbeitslosigkeitsdauer.

Zehn Jahre „Hartz-Reformen“ – Was bleibt?

Vor zehn Jahren, am 1. Januar 2003, traten die ersten beiden Gesetze für „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ – die sogenannten Hartz-Gesetze I und II – in Kraft. Zwei weitere Gesetze, Hartz III und IV, folgten im Januar 2004 und Januar 2005. Die „Hartz-Reformen“ waren umstritten wie kaum eine andere Reform. Während sie für die einen das Ende des Sozialstaats bedeuteten, waren sie für andere die längst überfällige, große Reform, die dem „kranken Mann Europas“ die ersehnte Heilung bringen sollte.

Die Deutsche Vereinigung für Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF) nahm das zehnjährige Bestehen der „Hartz-Reformen“ zum Anlass, auf ihrer Jahrestagung am 20. und 21. Februar 2013 mit Experten aus Wissenschaft und Praxis Bilanz zu ziehen. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin veranstaltet. Besondere Aufmerksamkeit sollte jenen Aspekten gewidmet werden, die nicht im Vordergrund der politischen Agenda und öffentlichen Diskussion standen und die nicht Gegenstand von Evaluationsaufträgen waren.

So stand am ersten Tag zunächst die Dienstleistungsorientierung der Gesetze für „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ im Mittelpunkt. Der Vorstandsvorsitzende der SAMF, Prof. Matthias Knuth, stellte in seinem Einführungsvortrag denn auch die zentrale Frage: „Sind die Dienstleistungen am Arbeitsmarkt besser geworden im Sinne von Dienstleistungsqualität, und sind sie wirksamer geworden im Sinne der Ergebnisse für die betroffenen

Menschen?“ Die Referenten und Diskutanten kamen zum dem Schluss, dass sich die Dienstleistungen in den letzten Jahren etwas verbessert hätten, aber durchaus noch Luft nach oben bestünde: So hätte etwa ein einzelner Berater immer noch zu viele Kunden zu betreuen.

Die Hartz-Reformen unterliegen selbst kontinuierlich einem Reformprozess. Im Jahr 2011 wurde beispielsweise das Bildungs- und Teilhabepaket in das Gesetz aufgenommen. Es soll bedürftigen Kindern die Teilhabe an Bildung, Sport, Musik, Kultur oder Schulausflügen ermöglichen. Prof. Lutz Kaiser von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW präsentierte erste Ergebnisse einer Studie zu dem Paket. Er kam zu dem Schluss, dass es als eine präventiv wirkende und individuell-zielgerichtete, budgetierte Sach- oder Dienstleistung in die richtige Richtung zielt. Die relativ geringe Höhe der einzelnen Leistungen steht jedoch in einem deutlichen Missverhältnis zu dem hohen bürokratischen Aufwand und der Hemmschwelle, die Leistungen in Anspruch zu nehmen.



Prof. Matthias Knuth

Ein Schwerpunkt der Veranstaltung war zudem die Familien- und Geschlechterperspektive der Hartz-Reformen. Unter anderem

wurden die Funktion und der Wandel von Geschlechterleitbildern in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik oder das Erwerbsverhalten von Frauen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften in den Blick genommen.

Die IAB-Forscher Juliane Achatz und Torsten Lietzmann zeigten in ihren Analysen zu Übergängen in Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden und Müttern in Paar-Bedarfsgemeinschaften, dass geschlechtsspezifische Unterschiede trotz der geschlechtsunabhängigen Erwerbsnorm im SGB II fortbestehen. So spielt der Familienkontext für Männer anders als für Frauen bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit kaum eine Rolle. Zudem nehmen zwar relativ viele Mütter eine Arbeit auf, es handelt sich dabei aber seltener um eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle.

Höhepunkt der Veranstaltung war eine Podiumsdiskussion zum Thema „Arbeitsmarktpolitik und arbeitsmarktpolitische Wirkungsforschung“, an der Dr. Markus Schmitz, Geschäftsführer bei der Bundesagentur für Arbeit, Dr. Elisabeth Neifer-Porsch vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundestagsabgeordneten Johannes Vogel (FDP), Katja Mast (SPD), Brigitte Pothmer (Bündnis 90/Die Grünen), Karl Schiewerling (CDU) und Jutta Krellmann (Die Linke) teilnahmen.

Moderator Frank-Christian Starke vom WDR brachte mit seinen humorvoll zugespitzten Stellungnahmen und Fragen eine lebhafte und spritzige Diskussion in Gang. Über einen zentralen Punkt bestand bei allen Diskutanten Einigkeit: Die fundierte arbeitsmarktpolitische Evaluationsforschung hat maßgeblich zu einer sachlicheren Diskussion über die arbeitsmarktpolitischen Reformen in der Öffentlichkeit, in den Parteien und im Bundestag beigetragen.

„Hartz IV“: Was hat's gebracht?

Die Einführung der Grundsicherung für Arbeitslose war und ist umstritten. Auf der gemeinsamen Tagung „Hartz IV: Was hat's gebracht?“ des IAB und der Evangelischen Akademie in Loccum am 14. und 15. März 2013 wurden die Ergebnisse der begleitenden Wirkungsforschung der vergangenen vier Jahre vorgestellt und diskutiert. Dabei ging es insbesondere um die Lehren, die sich aus der Forschung für die zukünftige Ausgestaltung des SGB II und seiner Umsetzung in der Praxis ziehen lassen.

IAB-Forscher Dr. Martin Dietz gab zum Auftakt der Tagung einen Überblick über die SGB-II-Forschung am IAB. Neben den fortlaufenden Arbeiten wird schwerpunktmäßig zu Gesundheit und Arbeitsmarktintegration, der besonderen Situation von Mehrpersonen-Bedarfsgemeinschaften und dem verfestigten Leistungsbezug geforscht. In einem inhaltlichen Exkurs stellte Martin Dietz die Frage, ob nicht insbesondere die fordernde Aktivierung unter sich ändernden Arbeitsmarktbedingungen an ihre

Grenzen stößt und stärker durch stabilisierende Maßnahmen zu flankieren wäre.

Unter der Überschrift „Reformen für alle? – SGB II und der Arbeitsmarkt“ wurden am ersten Tag in drei Arbeitsgruppen Ergebnisse der Wirkungsforschung, Kommentare und Ergänzungen vorgestellt und diskutiert. In der Arbeitsgruppe 1 wurde die Frage aufgegriffen, inwiefern von den Hartz-Reformen strukturelle Effekte auf den Arbeitsmarkt ausgegangen sind. Dr. Sabine Klinger und Dr. Thomas Rothe (beide IAB) präsentierten zunächst einige Indizien für positive Arbeitsmarkteffekte der Reformen wie den Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, den Rückgang von Langzeitarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Der Beschäftigungsaufwuchs sei zudem kein reiner Teilzeiteffekt, denn sowohl die Zahl der beschäftigten Personen als auch das Arbeitsvolumen habe zugenommen.

In den Studien ergäben sich allerdings lediglich für die Hartz-Reformen I bis III positive Wirkungen, verwies Prof. Matthias Hertweck (Universität Konstanz) auf einen Anstieg der Matching-Effizienz von etwa 20 Prozent. Bern-



Die Podiumsdiskussion moderierte Dr. Joachim Lange von der Evangelischen Akademie Loccum.

hard Jirku (Dienstleistungsgewerkschaft ver.di) stellte vor allem die positiven Wirkungen der internen Flexibilität, der Kurzarbeit und anderer Konjunkturmaßnahmen auf die Arbeitsmarktentwicklung im Zuge der Wirtschaftskrise heraus und hinterfragte eine allzu positive Wertung der Hartz-IV-Reformen.

Sabine Klinger und Thomas Rothe machten deutlich, dass sich die Reformeffekte nach und nach abschwächen. Für die Zukunft stelle sich unter anderem die Frage, wie man den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnen könne.



Die gemeinsame Tagung des IAB und der Evangelischen Akademie in Loccum zum Thema „Hartz IV: Was hat's gebracht?“ stieß auf großes Interesse.



*Dr. Peter Bartelheimer vom Soziologischen
Forschungsinstitut Göttingen.*

In der zweiten Arbeitsgruppe ging es um die Frage, inwieweit das Versprechen der Beratung und Aktivierung aller Erwerbslosen umgesetzt wurde. Ein erster Schwerpunkt der Diskussion bezog sich auf Verbesserungsmöglichkeiten für den Vermittlungsprozess. Hierbei fand der Befund aus der Präsentation von IAB-Forscher Dr. Peter Kupka Beachtung, dass die Einschaltung Dritter bei psychosozialen oder finanziellen Problemen zu kurz kommt. Auch die Anregung, bei motivierten Kunden, mit denen Übereinstimmung bei den Zielen besteht, auf die Eingliederungsvereinbarung zu verzichten, stieß auf Interesse.

Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt lag auf dem Rollenverständnis der Vermittler. Hier wurde aus dem Kommentar von Dr. Peter Bartelheimer (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen) der Gedanke aufgegriffen, dass die Dienstleistung eher als Empowerment – also als Stärkung der Selbstbefähigung der Kunden – denn als Vermittlung angesehen werden sollte. Außerdem wurde die Reichweite des Einflusses der Vermittler auf die Motivation der Kunden kritisch diskutiert. Als Quintessenz der Präsentation von Christopher Osiander und Michael Stops (beide IAB) sowie dem Kommentar von Bartelheimer wurde vorgeschlagen, quantitative Studien zu den Integrationswirkungen von Vermittlungsmerkmalen durch qualitative Studien zu deren Wirkungskanälen zu ergänzen.

„Vom Arbeitslosen zum Tellerwäscher zum Millionär?“ – mit dieser Frage beschäftigte sich die dritte Arbeitsgruppe. Johannes Jakob (Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin) betonte in seinem Kommentar, dass sich in der Grundsicherung ein relevanter Teil an Dauerkunden befindet. Veränderte Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt wie Flexibilisierung hätten dazu geführt, dass Beschäftigung, die für SGB-II-Kunden erreichbar ist, sich wenig dazu eigne den Leistungsbezug langfristig zu verlassen. Jakob regte an, Weiterbildungsmaßnahmen für SGB-II-Kunden eher langfristig anzulegen und Leistungen wie Wohngeld und Kinderzuschlag auszubauen.

Prof. Michael Gebel (Universität Mannheim) betonte in seiner Reaktion auf den Vortrag von IAB-Forscher Prof. Mark Trappmann die großen Potenziale, welche die vorhandenen Daten zu Arbeitslosengeld-II-Beziehern für die Forschung bieten. Die Risiken zu quantifizieren, welche die Chancen einschränken, den SGB-II-Bezug über den Arbeitsmarkt zu verlassen, liefere Ansatzpunkte für die politische Gestaltung.

Bei der Frage, ob öffentlich geförderte Beschäftigung hilfreich für diejenigen ist, die bislang nicht in den Ersten Arbeitsmarkt integriert werden konnten, drehten sich Vortrag und Kommentar um zwei wesentliche Ziele der öffentlich geförderten Beschäftigung: die



*Vanessa Ahuja vom Bundesministerium
für Arbeit und Soziales.*

Arbeitsmarktintegration und Beendigung des Leistungsbezugs sowie die materielle und soziale Teilhabe als Ausdruck einer Fürsorgeaufgabe des Sozialstaats. Zum Integrationsziel stellte PD Dr. Joachim Wolff (IAB) Ergebnisse mikroökonomischer Evaluationsstudien vor: Trotz Nachteilen erhöhen Beschäftigung schaffende Maßnahmen vor allem für die Zielgruppe der SGB-II-Arbeitslosen die Integrationschancen.

Wolff, Michael Stier (Jobcenter Hannover) und Marc Hentschke (Evangelischer Fachverband Arbeit und soziale Integration, Stuttgart)



Beate Kostka von der Bundesagentur für Arbeit.

stellten die Schwierigkeiten heraus, die mit der Definition und Messung von Beschäftigungsfähigkeit verbunden sind. Um zudem die Anreize zur Suche und Aufnahme einer Beschäftigung auf dem Ersten Arbeitsmarkt nicht zu stark zu senken, sollten Förderungen auf dem Sozialen Arbeitsmarkt befristet, niedrig genug entlohnt und mit regelmäßigen Prüfungen der Fortschritte der Bewerber versehen werden.

Markus Keller (Deutscher Landkreistag Berlin) stellte die mikroökonomische Evaluationsforschung grundsätzlich in Frage. Sie beziehe sich auf eine Zeit, in der die Umsetzung der Hartz-Reform durch Startschwierigkeiten gekennzeichnet gewesen sei und vernachlässigte weiche Charakteristika, die regional unterschiedlich verteilt sein können.



Prof. Georg Cremer vom Deutschen Caritasverband.

Der zweite Tag der Tagung stand unter der Überschrift „Besondere Situationen, besondere Strategien“. Nach dem Vortrag zu Arbeitsmarktübergängen und Maßnahmewirkungen von jungen Erwachsenen im SGB II von Dr. Brigitte Schels (IAB) stellte Dr. Franziska Schreyer in der Arbeitsgruppe 4 Ergebnisse eines qualitativ-explorativen IAB-Projekts vor, das sich mit der Sanktionspraxis bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen befasst. Die IAB-Forscherin erläuterte die strengeren Sanktionsregeln für die Altersgruppe der unter 25-Jährigen und zeigte insbesondere die Auswirkungen der sogenannten Totalsanktionen – Streichung der Leistungen zum Lebensunterhalt und der Kosten der Unterkunft – auf die Lebenssituation der Sanktionierten auf.

Frank Tillmann (Deutsches Jugendinstitut) ergänzte Befunde aus einem Projekt mit einem ähnlichen Personenkreis. Dabei kümmerte man sich besonders um die sogenannten Drop-Outs, also Jugendliche, die den Kontakt zum Jobcenter verloren haben. Jugendhausleiterin Beate Scigala (Jobcenter Bielefeld) berichtet von den Erfahrungen ihrer Arbeit mit einer schwierigen Zielgruppe, für die Angebote des Jobcenters oft nicht attraktiv sind.

Mit den Müttern und Alleinerziehenden rückte in der fünften Arbeitsgruppe eine weitere wichtige Personengruppe in der Grundsicherung

in den Mittelpunkt. Sie knüpfte an den Plenumsvortrag von IAB-Forscher Torsten Lietzmann und seine Ausführungen zu den Arbeitsmarktchancen von Müttern im SGB II an, erweiterte aber die Perspektive um die Situation von Alleinerziehenden.

So warf IAB-Forscherin Dr. Cordula Zabel zunächst ein Schlaglicht auf die arbeitsmarktpolitische Förderung von Alleinerziehenden. Sie betonte, dass mit Blick auf die Förderhäufigkeit Alleinerziehende und kinderlose Singles im Bereich der Grundsicherung weitgehend gleich behandelt würden. Positiv auf die Beschäftigungschancen der Alleinerziehenden wirkt sich unter den untersuchten Maßnahmen vor allem die Förderung beruflicher Weiterbildung aus.

Der anschließende Kommentar von Dr. Karen Jaehrling (Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen) bezog Befunde zu Alleinerziehenden und Müttern in Paarhaushalten insgesamt ein. Mit Blick auf die Erwerbsbeteiligung beider Gruppen zeigt sich dabei eine interessante Entwicklung: Seit den 1990er Jahren hat die Erwerbsbeteiligung



IAB-Direktor Prof. Joachim Möller.

von Alleinerziehenden in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern deutlich abgenommen. Die Ursache dafür sieht die Wissenschaftlerin nicht allein in der fehlenden Be-

treuungsinfrastruktur. Sie verwies vielmehr auf die ausgeprägte Arbeitszeitflexibilisierung und die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die in diesem Zeitraum vorangetrieben wurden. Ihrer Einschätzung nach könnten den Ursachen prekärer Beschäftigungsverläufe wohl nur durch eine Hinwendung zu einer stärker nachfrageorientierten Arbeitsmarktpolitik begegnet werden.

In der sechsten Arbeitsgruppe zum Thema „Abhängig beschäftigte Aufstocker“ wurden die Befunde, die Carina Himsel (IAB) in



Dr. Matthias Schulze-Böing vom Kommunalen Jobcenter Offenbach.

der vorangegangenen Plenumsveranstaltung präsentiert hatte, vertiefend diskutiert. Dr. Alexander Herzog-Stein (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf) wies einleitend darauf hin, dass Hartz IV faktisch ein Kombilohnmodell sei, das allerdings nicht mit einem gesetzlichen Mindestlohn verknüpft ist. Neben der Einführung eines Mindestlohns müsse das Zusammenspiel zwischen Grundsicherung einerseits und Steuer- und Transfersystem andererseits verbessert werden. Herzog-Stein sprach sich für die Einführung eines Kombilohnmodells außerhalb der Grundsicherung nach britischem Vorbild aus, das auf vollzeitnahe Teilzeit ausgerichtet ist.

Dr. Jupp Zenzen (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) hingegen hält Mindestlöhne für den falschen Weg. Ins-

besondere sieht er die Gefahr, dass ein gesetzlicher Mindestlohn – einmal eingeführt – im politischen Wettbewerb zu schnell nach oben angepasst werden könnte. Stattdessen gelte es, die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Aufstocker zu verbessern, die Kinderbetreuung auszubauen sowie Qualifizierung und Mobilität der Leistungsbezieher zu verbessern.

IAB-Direktor Prof. Joachim Möller erklärte, dass nach Schätzungen des IAB durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes zwischen ein und zwei Milliarden Euro an Sozialleistungen eingespart werden könnten. Da sich die angemessene Höhe eines Mindestlohns nicht a priori bestimmen lasse, sei es sinnvoll, zunächst auf einem relativ niedrigen Niveau einzusteigen und sich dann schrittweise „nach oben heranzutasten“.

Strittig war, inwieweit die hohe Zahl der Aufstocker auf falsche Anreize zurückzuführen ist. So mache die derzeitige Konstruktion der Minijobs eine Ausweitung der Arbeitszeit vielfach unattraktiv und begünstige eher die Kombination mit Schwarzarbeit. Als problematisch wurde auch die unzureichende Abstimmung der Grundsicherung mit anderen Sozialtransfers wie Kinderzuschlag und Wohngeld oder Vergünstigungen wie ein kommunaler Sozialpass bewertet.

Die siebte Arbeitsgruppe befasste sich mit selbständigen Aufstockern. IAB-Forscherin Dr. Lena Koller wies darauf hin, dass sich die Zahl der Selbständigen, die zusätzlich Arbeitslosengeld II beziehen, in den vergangenen vier Jahren fast verdoppelt hat. Burkhard Walter (Bereichsleiter Arbeitgeberservice und Existenzgründung im Jobcenter Kassel) betonte, dass die Qualifikation der zuständigen Mitarbeiter im Jobcenter besonders wichtig sei. Diese müssten sowohl über leistungsrechtliches wie auch über betriebswirtschaftliches Know-

how verfügen, um die Situation und Perspektiven der Antragsteller beurteilen zu können. Dr. Ralph Sängler (Institut für Sozialpädagogische Forschung in Mainz) betonte die spezifischen Problemlagen, bezeichnete die personelle, zeitliche und organisatorische Ausstattung als zu knapp und sprach sich für eine stärkere Kundenorientierung und Professionalisierung der Jobcenter aus.

Zum Abschluss der Tagung diskutierten Vanessa Ahuja (Bundesministerium für Arbeit und Soziales), Beate Kostka (Bundesagentur für Arbeit), Prof. Georg Cremer (Deutscher Caritasverband), IAB-Direktor Prof. Joachim Möller und Dr. Matthias Schulze-Böing (Kommunales Jobcenter Offenbach) auf dem Podium über Lehren aus der §55-Forschung für die zukünftige Ausgestaltung des SGB II.

Die von Dr. Joachim Lange (Evangelische Akademie Loccum) moderierte Abschlussdiskussion wurde eingeleitet durch ein Zwischenresümee von Dr. Peter Bartelheimer. Er fasste in vier Punkten die Themen, Argumente und Positionen der vergangenen zwei Tage zusammen. Als ersten Punkt sprach er das Verhältnis zwischen Wirkungsforschung auf der einen und Arbeitsmarkt- und Grundsicherungspolitik auf der anderen Seite an: Die Administration sei Koproduzent der Forschung, gleichzeitig aber auch Beratungsobjekt der Wissenschaft. Wenn die Wirkungsforschung so zentral ist, dann stellt sich, so der zweite Punkt, zunächst die Frage, wie Wirkungen überhaupt erfasst und gemessen werden können. Wie und warum Reformen in welche Richtung wirkten, bleibe häufig unbeantwortet oder umstritten.

Als dritten Punkt nannte Bartelheimer eine Verunsicherung bei dem Paradigma der Aktivierung, das zudem – wie die Diskussionen zeigten – Grenzen aufweise. In diesem Zusammenhang gerate der Vermittlungsprozess

selbst in den Blickpunkt. Schließlich stellte er als vierten Punkt die Frage, inwieweit das System der Grundsicherung seine Zielgruppe erreicht, da zahlreiche weitere Faktoren wie das Steuersystem oder andere Politikbereiche ebenfalls darauf Einfluss hätten.

Ungeachtet der im Allgemeinen lobenden Worte für die Wirkungsforschung und deren Praxisbedeutung besteht laut Georg Cremer die Gefahr, Forschungsergebnisse zu politisieren. Ein Problem sah er auch in einem abstrakten Erkenntnisinteresse der Wissenschaft auf der Seite und einem anwendungsorientierten Verwertungsinteresse der Politik auf der anderen Seite. Vanessa Ahuja gab zu bedenken, dass Forschung nur einer unter mehreren Beiträgen zur Entscheidungsfindung sei.

Beate Kostka sprach sich dafür aus, die Forschung zu Qualifizierungsmaßnahmen auszubauen und Einstellungs Voraussetzungen für Langzeitarbeitslose aus der Sicht von Arbeitgebern und die Wirkung des Fallmanagements zu untersuchen. Matthias Schulze-Böing nannte die Qualität von Dienstleistungen und Beratungen, die Wirkung von Sanktionen sowie die langfristige Qualifizierung und die Investition in Humankapital als weitere Felder, denen sich die Forschung verstärkt annehmen solle. Joachim Möller dämpfte die Erwartungen nach raschen Forschungsergebnissen. Für die Erforschung von Wirkungen bedürfe es einer gewissen Zeitspanne, in der eine Maßnahme durchgeführt und beobachtet werde.

Ein weiterer Punkt in der Diskussion war das Zusammenspiel von Existenzsicherung und Aktivierung. Schulze-Böing sprach sich gegen eine Trennung der beiden Maßnahmenbündel aus und plädierte für eine langfristige Qualifizierung Arbeitsuchender. Als letzter großer Punkt der Diskussion wurde das Matching zwischen Arbeitsuchenden und offenen Stellen

aufgegriffen. An die grundsätzlichen Fragen, wie der Prozess der Anpassung von Angebot und Nachfrage unter veränderten Marktbedin-

gungen stattfindet, schlossen sich die Frage nach der Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und Arbeitgeber-Service bei der Stellenvermitt-

lung und die Frage nach der Vermittlungsleistung von Beraterinnen und Beratern an.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

www.iab.de/loccum2013

Arbeitsmarktflexibilität in der Europäischen (Währungs-)Union

Spanische Elektriker in Nürnberg, griechische Erzieherinnen in München: Ohne flexible Arbeitsmärkte, so die Theorie, funktioniert das Modell der europäischen Wirtschaft nicht. Doch wie flexibel sind die Märkte wirklich?

Während in Washington die Finanzminister und Notenbankchefs der 20 größten Industrie- und Schwellenländer über die Wirtschaftsentwicklung sprachen, diskutierten Experten am 19. und 20. April 2013 in der Akademie für Politische Bildung Tutzing über die Zukunft der Europäischen Währungsunion und die Aussichten auf den Arbeitsmärkten.

Ein zentrales Kriterium für optimale Währungsräume ist nach den Worten von Prof. Herbert Brücker eine hohe Mobilität der

Arbeitskräfte. Der IAB-Forscher berief sich dabei auf die Lehre des kanadischen Volkswirts und Nobelpreisträgers Robert A. Mundell. Die regionale Arbeitsmobilität in der Europäischen Union sei jedoch im Vergleich zu den USA niedrig. So lag die Nettozuwanderung aus den südeuropäischen Krisenstaaten nach Deutschland im Jahr 2011 bei 37.000 Personen, 2012 waren es 58.000. Die Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten ist sehr viel höher: 2011 waren es rund 161.000 Zuwanderer, im Jahr darauf rund 220.000.

Die Migration nach Deutschland habe sich verbessert, in alternative Zielländer wie Italien, Spanien oder Griechenland dagegen verschlechtert, sprach Brücker von einem „Umlenkungsphänomen“: Demnach ist die Zahl



Deutschland ist ein wichtiges Zielland für Migranten aus anderen europäischen Ländern, erklärte Prof. Herbert Brücker vom IAB.

der Migranten in Deutschland um 78 Prozent gestiegen, weil sich die Umstände in anderen Ländern verändert haben. Die Entwicklung sei künftig abhängig von der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland und der Stabilisierung der Krisenländer.

Mittlerweile kommen bevorzugt die Besserqualifizierten nach Deutschland: Der Anteil der Hochschulabsolventen unter den Neuzuwanderern stieg in den Jahren 2000 bis 2009 von 20 auf 44 Prozent. Migranten konkurrieren auf dem deutschen Arbeitsmarkt vor allem mit Migranten, erklärte Brücker. Damit räumte er mit dem alten Vorurteil auf, ausländische Fachkräfte nähmen deutschen die Arbeit weg.

In den Herkunftsländern führe die Abwanderung von Hochqualifizierten zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP),



Uneinig: Prof. Ansgar Belke (links) und Prof. Heiner Flassbeck debattierten über die Zukunft des Euro.



das durch die Zunahme des BIP in Deutschland und anderen Zielländern kompensiert werde. Sein Fazit: „Die Arbeitsmobilität in der Währungsunion trägt zur Absorption des asymmetrischen Schocks bei.“ Generell sei die Migration in Europa sehr unstetig, so Brücker: „Es ist fraglich, ob die Zuwanderung nach Deutschland langfristig einen ausreichenden Beitrag zur Begrenzung der Problematik des demografischen Wandels leisten wird.“

Abschließend beleuchtete der Nürnberger Forscher die Auswirkungen der Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien – und räumte auch hier mit Vorurteilen auf: So liegt beispielsweise der Anteil der rumänischen und bulgarischen Kindergeldberechtigten unter der deutschen Quote. Mit Blick auf den 1.1.2014, wenn die Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Bulgaren und Rumänen gilt, rechnet der Wissenschaftler mit einem Anstieg der Nettozuwanderung auf bis zu 180.000 Personen. Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen werden nach Einschätzung Brückers gering ausfallen. Allerdings müsse wohl mit einem Rückgang an Saisonarbeitskräften aus diesen Ländern gerechnet werden.

An der Frage, ob die Europäische Währungsunion eine Zukunft hat, entzündete sich eine lebhafte Debatte zwischen Prof. Ansgar Belke von der Universität Duisburg und Prof. Heiner Flassbeck, Chefvolkswirt der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf. Während Belke im Zypern-Beschluss ein wichtiges Zeichen sieht, wie künftig mit dem Bankenproblem in Europa umzugehen ist, betonte Flassbeck, wie schwierig es für kleinere Länder sei, sich im Währungsmarkt zu behaupten. „Wenn in Italien und Frankreich die Lohnstückkosten sinken, dann bricht die Währungsunion auseinander“, lautet die These Flassbecks. Belke plädiert indes für eine verbesserte Kapitalverkehrskontrolle. „Es muss klar sein: Wer die Euro-Zone nicht verlassen will, für den sind die Bedingungen hart.“

Die Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland ist ein Dauerthema in der Politik, wie Prof. Jürgen Jerger betonte. Die Eurokrise, der Fachkräftemangel oder das deutsche Sozialsystem nähmen eine oft prominente Rolle ein, so der Experte vom Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg. Dennoch sind unterschiedliche Arbeitsmarkt-

entwicklungen in der EU wie in der Europäischen Währungsunion Realität: Die Abwanderung aus den Krisenländern Sorge dort für eine gewisse Entlastung der Arbeitsmärkte.

Am Beispiel Westeuropas zeigt IAB-Vize-direktor Dr. Ulrich Walwei, dass ein Auseinanderdriften der Arbeitsmärkte zu beobachten sei. Europa ist darauf nur bedingt vorbereitet. Die sogenannte Offene Methode der Koordinierung hat sicher keine erkennbaren Fortschritte gebracht. Sie befasst sich mit der Entwicklung von Beschäftigungsleitlinien, die die Mitgliedsländer in nationale Aktionspläne umzusetzen haben und die jährlich der zuständigen Generaldirektion der EU-Kommission vorzulegen sind.

Betrachtet man den deutschen Arbeitsmarkt, zeigt sich dessen Robustheit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern deutlich: Gründe dafür sind die hohe Wettbewerbsfähigkeit des Verarbeitenden Gewerbes, eine lange Phase zurückhaltender Lohnpolitik, Arbeitsmarktreformen und ein hohes Maß an betriebsinterner Flexibilität. Die aktuellen Herausforderungen für den deutschen Arbeitsmarkt bestehen allerdings derzeit vor allem in Fachkräftengpässen und einer noch immer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit.

Die abschließende Podiumsdiskussion kreiste um die Frage: „Gibt es einen europäischen Arbeitsmarkt?“ Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) bejahte dies eindeutig. Jedoch müsse sich in Deutschland noch die Einstellung der Menschen dahingehend verändern, dass die Zuwanderung von Arbeitskräften aus europäischen Krisenstaaten wie Spanien oder Griechenland insgesamt etwas Gutes sei. Deutschland müsse an seiner Willkommenskultur arbeiten.

Thomas Dippold von der Bundesagentur für Arbeit legte die Betonung auf gezielte Zuwanderung. Das Anwerben von ausländischen

Fachkräften sei nichts völlig Neues, doch der Schwerpunkt habe sich verlagert. Dippold sprach von einem „regionalen und berufsfachlichen Fachkräfte-Bedarf“ in Deutschland. Er konzentriert sich auf bestimmte Berufsgruppen wie Ärzte oder Fachkräfte in der Gastronomie. Zurzeit gibt es rund 4.000 Fachkräfte im Bewerber-Pool der Bundesagentur, vorwiegend aus den südeuropäischen Krisenstaaten. Ein großes Hindernis ist oft noch die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen.

Ein europäischer Arbeitsmarkt sei durchaus vorhanden, sagte IAB-Forscher Ulrich Walwei – vor allem, wenn Betriebe und Arbeitnehmer gezielter jenseits der Grenzen suchten. Bei

der grenzüberschreitenden Arbeitsuche seien neue Motive zu erkennen: Neben vermehrter Wanderung im Bildungssektor, wie durch ein Erasmus-Semester, hätten auch temporäre Aufenthalte in (internationalen) Unternehmen zugenommen. Vor allem bei jüngeren Menschen sei das Bewusstsein gewachsen, dass ein Auslandsaufenthalt der späteren Karriere nutzt.

Zum Abschluss legte Jürgen Jerger den Fokus auf die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union, die eine historische und weltweite Ausnahme darstellt. Die Rahmenbedingungen für Mobilität in der EU und auf dem europäischen Arbeitsmarkt seien grundsätzlich einschränkungslos gegeben.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

www.iab.de/tutzing2013

Nürnberger Gespräche 1/2013: Trotz Arbeit arm im Alter?

Trotz Arbeit arm im Alter? Darüber diskutierten bei den „Nürnberger Gesprächen“ am 29. April 2013 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis und das Publikum im Historischen Ratssaal der Stadt Nürnberg.

Aktuellen Umfragen zufolge sieht sich jeder dritte Arbeitnehmer von Altersarmut bedroht. Berechtigte Furcht oder „German Angst“? Ist die Rente noch sicher, wie einst von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm behauptet? Sind die prekär Beschäftigten von heute die Armutsrentner von morgen? Rutschen künftig gar Durchschnittsverdiener in die Grundsicherung im Alter? Und welche Reformen brauchen wir am Arbeitsmarkt, um spätere Altersarmut zu vermeiden? Um diese und weitere Fragen ging es am 29. April 2013



Der ehemalige Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) plädierte nachdrücklich für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns.

bei den „Nürnberger Gesprächen“. Dass die Veranstalter mit diesem Thema einen Nerv trafen, zeigte sich auch an den mehr als 300 Besucherinnen und Besucher, die zu der Veranstaltung in den Historischen Rathaussaal der Stadt Nürnberg gekommen waren.

Ulrike Mascher will nicht mit Schreckensszenarien aufwarten. „Manche Rentner führen derzeit sicherlich ein ganz behagliches Leben“, so die Präsidentin des Sozialverbandes VdK Deutschland. Dennoch warnt Mascher, einst Staatssekretärin unter SPD-Arbeitsminister Walter Riester: Viele Rentnerinnen seien bereits heute eigentlich auf Hartz IV angewiesen, schämten sich aber, zum Amt zu gehen. Für besonders kritisch hält Mascher die Situation bei den Erwerbsminderungsrenten, die im Durchschnitt schon heute unter dem Niveau der Grundsicherung liegen. Hochproblematisch sei auch die Entwicklung bei den ostdeutschen Frauen, die in den nächsten Jahren in Rente gehen: Die Höhe der Zugangsrenten

sei – anders als im Westen – seit zwei bis drei Jahren deutlich rückläufig.

Auch Prof. Axel Börsch-Supan sieht mit Blick auf die Rentenentwicklung wachsende regionale Ungleichheiten. Der Direktor des „Munich Center for the Economics of Aging“ in München zeigt sich gleichwohl überzeugt: „Die Angst vor Altersarmut ist schlimmer als das reale Problem.“ Für Dr. Markus Promberger, Leiter des Forschungsbereichs „Erwerbslosigkeit und Teilhabe“ am IAB, führen vor allem zwei Entwicklungen in der Kombination zu verstärkter Altersarmut: Einerseits die in der Vergangenheit stark gewachsene Zahl an Geringverdienern und atypisch Beschäftigten, andererseits die deutliche prozentuale Absenkung des Rentenniveaus. „Die gesellschaftliche Spaltung“, sagt der Soziologe, „zieht sich heute bis ins Alter“. Laut Promberger wächst die Kluft zwischen Menschen mit unterschiedlichen Bildungsniveaus – insbesondere bei den Jüngeren.

Dass die Ursachen von Altersarmut ganz wesentlich auf dem Arbeitsmarkt liegen – und in erster Linie dort behoben werden müssen, sahen alle Diskutanten ähnlich. Franz Müntefering warnte vor der Illusion, dass sich mit prekären, schlecht bezahlten Teilzeitjobs eine auskömmliche Rente erwirtschaften lasse. Seine Devise: „Gute Arbeit, guter Lohn, gute Rente!“. Müntefering forderte daher, dass auch einfache Tätigkeiten und klassische Frauenberufe wie Altenpflege und Kinderbetreuung stärker wertgeschätzt und besser bezahlt werden müssen.

Energisch sprach sich der SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Bundesarbeitsminister dafür aus, endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Börsch-Supan äußerte Bedenken an einem allgemeingültigen Mindestlohn, da dieser zum Beispiel im Friseurgewerbe Arbeitsplätze vernichten könnte. Er zeigte sich davon überzeugt, dass Mindestlöhne keinen Schutz



Die erste Ausgabe der „Nürnberger Gespräche“ in diesem Jahr zum Thema „Altersarmut“ stieß mit über 300 Gästen auf sehr großes Interesse.

vor Altersarmut böten. Der Schlüssel zur Bekämpfung von Einkommensarmut – und damit auch späterer Altersarmut – liegt für den Wirtschaftsprofessor vielmehr in verbesserter Qualifikation.



Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbandes VdK, hält die Situation bei den Erwerbsminderungsrenten für besonders kritisch.

In der von der ZEIT-Redakteurin Elisabeth Niejahr moderierten Diskussionsrunde äußerten die Teilnehmer auf dem Podium ihr Unverständnis für Arbeitgeber, die sich keine Gedanken darüber machen, was ältere Arbeitnehmer tun können. Weiterbildung und Umschulung, so das einhellige Votum der Runde, müssten daher in den Betrieben ein wesentlich stärkeres Gewicht erhalten als bisher. IAB-Forscher Promberger wusste zu berichten, dass Beschäftigte über 40 häufig in der „Spezialisierungsfalle“ sitzen: Oftmals seien die im Laufe des Erwerbslebens erworbenen Fähigkeiten sehr stark auf den jeweiligen Arbeitgeber ausgerichtet und außerhalb des Betriebs nur bedingt verwertbar.

An der „Rente mit 67“ wollte Müntefering indes nicht rütteln – und verwies auf die

demografische Entwicklung, die eine längere Lebensarbeitszeit unausweichlich mache. „Ohne Anstrengung“, darauf legt der ehemalige SPD-Chef wert, „geht es nicht!“. Unterstützung erhielt er von Börsch-Supan: Ein Drittel derjenigen, die in Rente gegangen sind, bereuen ihre Entscheidung. Seine Erklärung: „Man hat keinen Chef mehr, über den man sich ärgern kann, und keine Mitarbeiter mehr, über die man lästern kann“ – ein launiger Hinweis auf abnehmende Sozialkontakte im Ruhestand.

Die von der CSU vorgeschlagene Höherbewertung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder könne laut VdK-Chefin Mascher für mehr Rentengerechtigkeit sorgen. Als „untauglich“ wertete sie hingegen die von Bundesarbeitsministerin von der Leyen vorgeschlagene „Leistungsrente“ – denn deren Voraussetzungen seien so hoch, dass nur sehr wenige Menschen davon profitieren würden.



Die gesellschaftliche Spaltung zieht sich heute bis ins Alter, sagt IAB-Forscher Dr. Markus Promberger.

Promberger regte an, prekäre und schlecht bezahlte Jobs mit höheren Arbeitgeberabgaben



Prof. Axel Börsch-Supan vom „Munich Center for the Economics of Aging“ sieht bei der Rentenentwicklung wachsende regionale Ungleichheiten.

zu belegen, da die Arbeitgeber mit prekärer Beschäftigung die niedrigen Renten mit verursachen. In seinem Schlusswort bekundete Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly Sympathien für diesen Vorschlag. Zugleich regte er an, den Steueranteil in der gesetzlichen Rentenversicherung zu erhöhen, um die Lasten der demografischen Alterung nicht allein den Beitragszahlern aufzubürden. Er warnte dennoch vor scheinbaren Patentrezepten: „Die eine Lösung wird es nicht geben.“ Auch die mäßige Bezahlung von Erzieherinnen sparte das Stadtoberhaupt nicht aus. Hier verwies Maly nicht nur auf die Finanznöte der Kommunen, sondern auch auf die Tatsache, dass Erzieherinnen als Absolventinnen einer dualen Ausbildung gelten – mit der entsprechenden tariflichen Eingruppierung.

Die Nürnberger Gespräche werden von der Bundesagentur für Arbeit, unter Federführung des IAB, und der Stadt Nürnberg zweimal jährlich ausgerichtet. Sie stehen allen Interessierten offen.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

www.iab.de/ng1_2013